Sammlung Parteischiedsgerichtsentscheidungen Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung

1 von 2

Datum: 27.10.2007 Az.: 4/2007

Entscheidung
In dem Verfahren
4/2007

auf	Antrag	von
-----	--------	-----

1.

2.

Beteiligt:

hat die Bundesschiedskommission nach Beratung am 27. Oktober 2007 in Hamburg unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende Werner Ballhausen, Stellvertr. Vorsitzender Dr. Roland Rixecker, Stellvertr. Vorsitzender

beschlossen:

Der am 27. Oktober 2007 eingegangene Eilantrag wird als unzulässig abgelehnt.

## Gründe:

Der auf Aufhebung des gegenüber den Antragstellern ausgesprochenen Verbots der Teilnahme am SPD-Bundesparteitag in X gerichtete, als Eilantrag bezeichnete Antrag - über den die Bundesschiedskommission wegen der Eilbedürftigkeit sofort entscheidet - ist unzulässig.

Die Bundesschiedskommission hat bereits mehrfach entschieden, dass die Schiedskommissionen der SPD nur in den im Organisationsstatut i.V.m. der Schiedsordnung und der Wahlordnung vorgesehenen Verfahren zuständig sind; dies sind Parteiordnungsverfahren, Wahlanfechtungsverfahren und Statutenstreitverfahren. Um ein derartiges Begehren geht es vorliegend nicht.

Bundesschiedskommission der SPD

Datum: 27.10.2007 Az.: 4/2007 2 von 2

Sammlung Parteischiedsgerichtsentscheidungen Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung

Gestritten wird vielmehr um die Zulässigkeit einer ordnungsrechtlichen Einzelmaßnahme im Rahmen

der Ausübung des Hausrechts während eines Bundesparteitages der SPD. Hiermit sind insbesondere

auch keine Fragen der Auslegung und Anwendung des Organisationsstatuts und der Satzungen der

Partei i.S.d. §§ 1 Abs. 4 Buchst. c), 21 Abs. 1 SchiedsO aufgeworfen.

Die Antragsteller müssten sich daher auf den ordentlichen Rechtsweg verweisen lassen.

Unabhängig davon sei in der Sache darauf hingewiesen, dass nach dem Vortrag des Antragsgegners

die getroffenen Maßnahmen nicht willkürlich erscheinen, da die Antragsteller in der Vergangenheit

mehrfach bei Veranstaltungen der Bundespartei und auch der Landesorganisation durch diverse

Störaktionen aufgefallen seien; auch vorliegend sei es von Seiten der Ausgeschlossenen zu

Beleidigungen und verbalen Ausfällen gegenüber Mitarbeitern sowohl des SPD-Parteivorstands als

auch der zugezogenen Polizeibeamten sowie Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes gekommen.

Hannelore Kohl, Vorsitzende